



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Er. the. n. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark, ohne die Beleggebühren. - Anzeigen: die 3 gepaltene Belegteile 1,- Reichsmark Todes- und Veranmungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Jeder sein eigener Kapitalist.

### Vorschläge der Unternehmer zum Wohle der Arbeiter.

Die Unternehmer wollen außer ihrem Besten, wie sie oft genug erzählen, auch noch unser Bestes. Darum liefern sie von Zeit zu Zeit gute Ratschläge zur Lösung der sozialen Frage. Diese Ratschläge sind recht verschieden. Einigkeit herrscht nur darüber, daß die soziale Frage nicht durch die Gewerkschaften und nicht durch Sozialpolitik gelöst werden könne.

Offenbar ist eine unerlässliche Voraussetzung der kommenden herrschenden, gewerkschaftslosen Zeit der „freie Mensch“. Das hat Bergwerksdirektor Brandt berücksichtigt, als er auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, erklärte: „Es müssen freie Arbeiter geschaffen werden, die, nicht gebunden durch Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen, Gewerkschaften und dergleichen, über sich verfügen können, die im Interesse ihrer Familie Weiberarbeit leisten dürfen, wann, wo und wieviel sie wollen, damit wieder eine Auslese der Tüchtigen erfolgen könne, und für jeden Arbeiter

### der Weg zum Generaldirektorposten frei werde.“

Brandt hat die Lage ganz klar erfasst. Wenn erst einmal das Heer der Arbeiterkraft einschließlich der Erwerbslosen zu einem Heer von Generaldirektoren mit fürstlichen Gehältern geworden ist, dann bleibt von der mißlichen sozialen Frage nichts mehr übrig. Jeder Arbeiter sein eigener Generaldirektor! So etwas kann die Gewerkschaft nicht bieten.

Weniger menschenfreundlich als Brandt sind die Leute, die den Arbeiter nur zum Kapitalisten anzuancieren lassen, ihn aber von der hohen Direktoren ausschließen. Das heißt nicht etwa, daß der Arbeiter nun Geld bekommen soll. So ist die Sache nicht gemeint. Er wird einfach

### Kapitalist ohne Kapital.

Er soll nach einem Vorschlag von Bischoffa Arbeitsaktien in Höhe der Jahreslohnsumme erhalten, die ihm Mitbestimmungs- und Gewinnbeteiligungsrecht geben. Der Arbeiter wird so zum Sojus des Unternehmers, aus dem Dienstverhältnis wird ein Gesellschaftsverhältnis, eine neue Wirtschaftsverfassung auf sozialindividualistischer Grundlage ist gefunden.

Nur eine Kleinigkeit wird als Gegenleistung für die Arbeitsaktie gefordert. Der Arbeiter soll die Gewerkschaft aufgeben und sich der Wertsgemeinschaft verschreiben. Er wird dann zwar nichts mitzureden haben, denn auch die Arbeitsaktien der ganzen Belegschaft würden nur einen kleinen Teil des Gesellschaftskapitals ausmachen. Er wird auch nichts mitzubedenken haben, denn die Gewinne lassen sich so einfach verschleiern, daß für die Arbeitsaktien doch nur Bettelpennige übrig bleiben. Er wird auch keine Aktien nicht zu Geld machen können, denn erstens darf er das nicht und zweitens sind sie nichts wert. Für diese Errungenschaften soll er

### die Gewerkschaft fahren lassen,

die ihm in einer einzigen Lohnbewegung mehr bringt, als die Arbeitsaktien für alle Zeit und soll sich dem mehr oder weniger guten Willen der Unternehmer ausliefern.

Jeder Arbeiter sein eigener Kapitalist? Das weckt die Begehrlichkeit des Arbeiters, was sehr verwirrend ist. Darum hat die „Bergwerks-Zeitung“ einen Weg zur Lösung der sozialen Frage gefunden, der noch weniger kostet, als die Arbeitsaktie, — die Schaffung einer wirklichen Kultur. Wahre Kultur ist nämlich sehr billig, weil sie mit äußeren Gütern nichts zu tun hat. Eine Kammer voll Sonne, ein Gebetbuch, dazu stille Beschaulichkeit und ein zufriedenes Herz genügen. Soll darum Deutschland auf die Höhe der Kultur kommen, dann müssen die deutschen Unternehmer offenbar einen Kulturlohn zahlen, das heißt so wenig, daß sich der Arbeiter außer einem Gebetbuch nichts mehr kaufen kann.

### Man muß verstehen

### welches Opfer der Unternehmer bringt.

Um seinen Arbeitern die wahre Kultur zu beschaffen,

muß er sich selbst in den Schlingen des Mammons verstricken. Zum Wohl des Arbeiters verzichtet er auf wahre Kultur im Diesseits und auf die ewige Seligkeit im Jenseits dazu.

Eine Patentlösung im wissenschaftlichen Gewand stammt von dem schwedischen Volkswirtschaftler Cassel, der sich schon lange redliche Mühe gibt, die Wissenschaft bei den Unternehmern beliebt zu machen. In der „Sozialen Praxis“ schreibt er: „Solange eine große Zahl von Arbeitslosen durch staatliche oder irgendwie anders aufgetragene Mittel künstlich unterhalten werden muß, ist das natürlich ein Zeichen dafür, daß

### das allgemeine Lohnniveau zu hoch

ist, um allen Arbeitern Beschäftigung zu geben.“

Also Senkung der Löhne so lange, bis die Arbeitslosigkeit verschwindet! Da mag auch manchem Scharfmacher eine Einsicht über den Rücken laufen. Wenn durch Einführung neuer Maschinen oder neuer Arbeitsmethoden Tausende von Arbeitern brotlos werden, dann muß der Lohn für die noch Beschäftigten solange gedrückt werden, bis sich die Wiedereinstellung der Arbeitslosen rentiert? Eine groteske Postkolumba! Je ertragreicher die Wirtschaft wird, um so jämmerlicher müssen die Löhne werden. Das empfiehlt ein Professor als gesunde Volkswirtschaftspolitik.

Auch die Sozialversicherung hat schließlich daran glauben müssen. G. Harz macht in einem Buch „Irrwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur sozialen Freiheit“ den Vorschlag, die Sozialversicherung einfach abzubauen und

### die Beiträge dafür auf die Spartasse

zu tragen. Wenn sie dort auf Zinsezins liegen bleiben, hat der Arbeiter, wenn er 60 Jahre alt geworden ist, ein Vermögen. Er darf allerdings nichts abheben, wenn er krank wird, Krankentassen gibt es auch nicht mehr. Er muß auch weiterzahlen, wenn er arbeitslos geworden ist, sonst stimmt die Rechnung nicht und es bleibt nichts auf der Spartasse. Unter diesen Umständen werden nur wenige 60 Jahre alt werden und einen Notzofchen für das Alter brauchen. Die Soziallast kann langsam in die Taschen der Unternehmer fließen.

Uns erscheint es doch vernünftiger, die soziale Frage durch Lohnkampf und Sozialpolitik zu lösen.

## Steindruck'ohnbewegung am Niederrhein im Schatten großer Ausperrungen.

Ueber acht Wochen erstreckte sich dieses Mal unsere Lohnverhandlungen am Niederrhein. Das magere Ergebnis ist eine allgemeine dreiprozentige Lohn-erhöhung mit einigen Manteltarifänderungen, die außerdem für eine Gruppe einen 5 Proz. bzw. 7 1/2 Prozent höheren Lohn vorsehen. Auf die Verhandlungen warfen die großen Ausperrungen der Textil- und Eisengewaltigen ihre unheilvollen Schatten. Die Unternehmer hatten auf unsere Lohnforderung mit einer glatten Abgabe geantwortet, sie verlangten im Gegenteil Verlängerung des jetzigen Lohnniveaus auf lange Sicht. Nicht einmal zu Verhandlungen waren sie bereit, die seien überflüssig, da sie angeblich nicht die geringsten Zugeständnisse machen könnten. Wir riefen den Schlichtungsausschuß an. Der Vorsitzende dieser staatlichen Stelle hatte sich den Blick durch den inzwischen ausgebrochenen Kampf in der Metallindustrie vollkommen trüben lassen. Er machte sich alle Argumente der Unternehmer zu eigen und verstieg sich sogar zu der Zeugnung: Die Gewerkschaften dürften nicht glauben, bei jeder Lohnaufbündigung auch eine Lohn-erhöhung durchzuführen! — Sonderbarer Heißer — als wenn wir bloß zum Spaß machen da wären. Bei solcher Einstellung wäre es Torheit gewesen, einen Spruch fällen zu lassen. Auf unser Drängen wurde die Sitzung vertagt und den Parteien ausgedrückt, innerhalb acht Tagen unter sich zu verhandeln. Kame keine Einigung zustande, sollten die Gewerkschaften erneut den Schlichtungsausschuß anrufen.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern wurden mit einer bisher noch nicht beobachteten Schärfe ge-

führt. Beide Parteien waren stark vertreten. Es galt, den Boden für wenigstens einigermaßen annehmbare Zugeständnisse vorzubereiten. Einige Unternehmer wurden nachgiebig. Da in den meisten Betrieben die Beschäftigung aber nicht die beste war, wurde trotzdem keine Verständigung erzielt. Die Verhandlungen waren damit wieder abgebrochen. Wir erklärten, den Schlichtungsausschuß nicht anzurufen, wir wollten freie Hand zu eigenem Handeln haben. Diese Stellungnahme ließ die Unternehmer aufhorchen. Sie hielten eine erneute Versammlung ab und beschloßen zwar wiederum, keine Lohn-erhöhung zugestehen zu können, aber ihrerseits den Schlichtungsausschuß anzurufen. So geschah es.

Am 20. November wurde folgender Schiedspruch gefällt:

„Der bisherige Lohnvertrag wird mit sofortiger Wirkung wieder in Kraft gesetzt mit folgender Maßgabe:

1. Ab 1. Dezember beträgt der Ecklohn 41 Mt. Die übrigen Löhne regeln sich entsprechend.
2. Die Vereinbarung läuft auf unbestimmte Zeit und kann mit vierwöchiger Frist, erstmalig zum 31. März 1930, gekündigt werden.
3. Erklärungsfrist 24. November 1928, mittags 12 Uhr.“

Diesem vollkommen unzureichenden Schiedspruch konnten wir nicht annehmen. Wir lehnten ab, die Unternehmer nahmen an und beantragten Verbindlichkeitsklärung beim staatlichen Schlichter. Hier wurden wiederum stundenlange hartnäckige Verhandlungen geführt. Die Unternehmer wiesen wiederum nach, daß 40 Proz. der Steindruck-Hilfsarbeiterschaft am Niederrhein übertarifliche Bezahlung erhalten und die Löhne weit über denen anderer Berufe am Niederrhein ständen, während wir uns auf die üblichen Löhne im Beruf stützten.

Da der Eingriff in den Manteltarifvertrag bei der Metallindustrie einen so kniffligen Streit ausgelöst hat, wurde kein Spruch gefällt, sondern am 30. November folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der tarifliche Ecklohn beträgt 41,20 Mt.
2. Im § 4 des Manteltarifvertrages fallen in der Ueberschrift der Rubrik „für die Hilfsarbeiter bzw. Hilfsarbeiterinnen nach fünfjähriger Betriebszugehörigkeit“ die weiteren Worte „bei zufriedenstellender Leistung“ fort.
3. In derselben Rubrik wird vom 30. März 1929 ab der Hundertsatz für den Hilfsarbeiter über 24 Jahre von 95 auf 97 1/2 Proz. erhöht.

Nach dieser Vereinbarung erhöhen sich die Löhne allgemein um 3 Proz., auch die Affordarbeiter, deren Stücklöhne laut Manteltarif so festgesetzt werden müssen, daß der Durchschnittsarbeiter 15 Proz. mehr verdient als der Tariflohn vorseht. Das ergibt für einen 24jährigen Facharbeiter einen Lohn von 43,26 plus 15 Proz. gleich 49,75 Mt. und für die 20jährige Facharbeiterin 29,87 plus 15 Proz. gleich 34,35 Mt. Nachstehend die Lohnabelle:

20 Proz. =	8,24 Mt.	70 Proz. =	28,84 Mt.
25 „ =	10,30 „	72,5 „ =	29,87 „
30 „ =	12,36 „	75 „ =	30,90 „
35 „ =	14,42 „	80 „ =	32,96 „
40 „ =	16,48 „	85 „ =	35,02 „
45 „ =	18,54 „	90 „ =	37,08 „
50 „ =	20,60 „	95 „ =	39,14 „
55 „ =	22,66 „	97,5 „ =	40,17 „
60 „ =	24,72 „	100 „ =	41,20 „
65 „ =	26,78 „	105 „ =	43,25 „

Wenn der Erfolg unserer diesmaligen Lohnbewegung auch gering ist, so darf nicht verkannt werden, daß einerseits die Beschäftigung im Steindruck zurzeit viel zu wünschen übrig läßt, andererseits die Engrosausperrungen im Westen ihre düsteren Schatten auf unsere Verhandlungen warfen. Wir haben allgemein 3 Proz. für einzelne Gruppen 7 1/2 Proz. erreicht — ohne materielle Opfer der Kollegenschaft, ohne Kampf oder Ausperrung — das wird unsere niederrheinische Kollegenschaft nicht verkennen, und sie dürfte daraus die nötigen organisatorischen Schlüsse ziehen.





